



Klare Position: Die DGB-Jugend will die Ausbildungsgarantie mit umlagefinanziertem Zukunftsfonds

Ausgabe Juli 2023

inhalt

3 schule, ausbildung, studium + beruf

Jim Frindert über die Ausbildungssituation in Berlin

4 thema

Die Jugend und der EGB-Kongress

6 jav-ratgeber

Wir sind gekommen, um uns zu beschweren!

7 bezirke + gewerkschaften

Robert Thamm: So war es bei der NGG-Jugendkonferenz

Alarmierende Zahlen

Berufsbildungsbericht 2023: Erstmals sind weit über 2,6 Millionen junge Menschen in Deutschland ohne Berufsabschluss.

Die Bundesregierung hat den Berufsbildungsbericht 2023 beschlossen und veröffentlicht. Er zeigt: Die Ausbildung in Deutschland ist weiter in der Krise. Erstmals haben mehr als 2,64 Millionen junge Menschen zwischen 20 und 34 Jahren keinen Berufsabschluss, nur noch wenige Unternehmen bilden überhaupt aus. Und es muss davon ausgegangen werden, dass die Spätfolgen von Corona – wie etwa ein regional geringeres Ausbildungsangebot – diese Zahl in den kommenden Jahren noch weiter steigen lassen werden. Das ist gefährlich: Ohne eine abgeschlossene Berufsausbildung drohen häufige Phasen der Arbeitslosigkeit und prekäre Jobs.

Seit Jahren ist die Zahl der Ausbildungsbetriebe rückläufig und liegt aktuell bei nur noch 19,1 Prozent im Jahr 2021 (2020: 19,4 Prozent). Die Ausbildung künftiger Fachkräfte liegt hierzulande damit in den Händen nur noch weniger Betriebe und fußt somit auf einer immer schmalere werdenden Basis.

Trotz unbesetzter Ausbildungsstellen sind auch im letzten Jahr bundesweit wieder Hunderttausende junge Menschen in den vielen Maßnahmen des Übergangsbereichs zwischen Schule und Beruf gelandet. Sein Umfang steigt erstmals seit 2016 wieder an auf insgesamt

239.090 Personen (+6,3 Prozent zu 2021). Anders als von Arbeitgeberseite behauptet, gibt es ein großes Potenzial an Ausbildungsinteressierten, die aber bei der Suche nach einer Ausbildung nicht zum Zug kommen. Im Übergangsbereich können keine Berufsabschlüsse erworben werden, die Maßnahmen werden für viele zur Warteschleife. Die Betriebe müssen ihre Erwartungen bei der Vergabe von Ausbildungsplätzen hinterfragen und auch jungen Menschen mit schwächeren Schulleistungen eine Chance geben.

Abhilfe könnte die von DGB und DGB-Jugend entwickelte Ausbildungsgarantie mit umlagefinanziertem Zukunftsfonds schaffen (siehe auch das Interview auf Seite 3). Im Koalitionsvertrag der Bundesregierung ist eine Ausbildungsgarantie auch ausdrücklich benannt. Sie muss nun dringend umgesetzt werden. »Wichtig ist außerdem eine Stärkung der betrieblichen Ausbildung. Wer nach Fachkräften ruft, muss auch in die Ausbildung investieren«, sagt die stellvertretende DGB-Vorsitzende Elke Hannack.

Sonst drohen sich diese Entwicklungen weiter zu verschärfen und letztlich die Herausforderungen der Transformation und den Einsatz für mehr Chancengleichheit im Bildungssystem zu konterkarieren. Alle Maßnahmen von Bund und Ländern müssen sich künftig stärker daran messen lassen, inwiefern sie zur Lösung dieser Probleme beitragen. ▀

Weitere Infos: www.dgb.de/-/T0x

Deine Rechte im Streik

Der Streik ist ein Mittel, um Beteiligung und sozialen Fortschritt durchzusetzen. Welche Rechte man dabei hat, sagt der DGB.

www.dgb.de/-/Tgs



Gegen die Ungleichheit



Corona-Pandemie, Klimapolitik und Krieg verschärfen das Problem der ungerechten Verteilung. Wie das Phänomen funktioniert, erklärt das DGB-Bildungswerk.

www.dgb-bildungswerk.de/ungleichheit-weltweit-einfach-erklart

IAB-Dossier Arbeitsmarktpolitik

Das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) fasst Stellungnahmen, Politikvorschläge und Debattebeiträge zur Arbeit zusammen.

<https://iab.de/dossier/?id=266421>



Rückgang der Ausbildung

In der Pflege // Im vergangenen Jahr haben rund 4.000 Menschen weniger als 2021 einen Ausbildungsvertrag in der Pflege abgeschlossen – ein Rückgang um 7 Prozent. Während im Jahr 2021 noch 56.300 neue Ausbildungsverträge in der Pflege abgeschlossen wurden, waren es 2022 nur 52.300. Insgesamt waren im vergangenen Jahr 146.500 Menschen in der Ausbildung zum Beruf der Pflegefachfrau bzw. des Pflegefachmanns. Der Frauenanteil bei den Auszubildenden insgesamt lag bei 76 Prozent. Unter den neuen Auszubildenden waren 13.500 Männer und 38.800 Frauen.



Der Bedarf an Pflegekräften wird in den kommenden Jahren steigen: Das Statistische Bundesamt hat berechnet, dass die Zahl der pflegebedürftigen Menschen in Deutschland in den nächsten Jahren um 37 Prozent zunehmen wird.

www.destatis.de

Das Interesse ist groß

Duales Studium // Zulauf in den dualen Studiengängen: In der Datenbank »Ausbildungs-Plus« des Bundesinstituts für Berufsbildung (BIBB) waren bis zu diesem Frühjahr insgesamt fast 2.000 duale Studiengänge von deutschen Hochschulen registriert.

Immer mehr Betriebe bieten Ausbildungsplätze für ein duales Studium an. Während sich im Jahr 2004 insgesamt 18.168 Unternehmen beteiligten, wurden 2022 von den Hochschulen 56.852 kooperierende Unternehmen bzw. Standorte (2019: 51.060) gemeldet. Insgesamt hat sich die Zahl dualer Studiengänge seit 2004 von seinerzeit 512 auf jetzt 1.749 (2019: 1.662) mehr als verdreifacht. Die Zahl der Studierenden ist im gleichen Zeitraum von 40.982 auf jetzt über 120.000 (2019: 108.202) gestiegen.



Die meisten Angebote dualer Studiengänge finden sich in den Ingenieurwissenschaften mit 805 Angeboten (46 Prozent), den Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften mit 783 (44,8 Prozent) sowie den Gesundheitswissenschaften mit 121 (6,9 Prozent).

Weitere Zahlen auf www.ausbildungsplus.de

Infos der DGB-Jugend zum dualen Studium:

<https://jugend.dgb.de/-/Hf1>

Der DBJR schützt

Junge Verbraucher*innen // Der Deutsche Bundesjugendring (DBJR), in dem die DGB-Jugend Mitglied ist, ist dem Verbraucherzentrale Bundesverband (vzbv) beigetreten. Der DBJR unterstützt den vzbv künftig insbesondere bei der bundesweiten Stärkung der Verbraucherbildung, da dies Kindern und Jugendlichen in ihrem Alltag hilft. Dabei fordert er, eine strengere gesetzliche Regulierung von an Kinder und Jugendliche gerichteter Werbung einzuführen, vor allem bei Lebensmitteln.



Weitere Infos: www.dbjr.de

Bas passt auf

U18-Wahl // Bundestagspräsidentin **Bärbel Bas** (SPD) ist Schirmfrau der U18-Wahl. Die U18-Wahlen werden seit dem Jahr 1996 immer neun Tage vor einem offiziellen Wahltermin abgehalten. Zur Bundestags- und Europawahl sowie zu den Landtags- und Kommunalwahlen beschäftigen sich Kinder und Jugendliche mit dem politischen Geschehen und treffen für sich eine Wahlentscheidung. Organisiert werden die U18-Wahlen von jungen Menschen mit Unterstützung der Jugendringe. Im Vorfeld finden vielfältige Aktionen der politischen Bildung statt. So bringt die Initiative U18 Kindern und Jugendlichen Politik näher und den Politiker*innen die Kinder- und Jugendthemen.



B. Bas

Bei der letzten U18-Bundestagswahl gingen deutschlandweit rund 262.000 Menschen unter 18 Jahren in 2.699 Wahllokale an die Wahlurnen und bestimmten ihre Themen.

Weitere Infos: www.u18.org

Neue Ausbildungszahlen

BIBB-Datenreport 2023 // Das Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB) hat seinen Datenreport mit Informationen und Analysen zur Entwicklung der beruflichen Bildung in Deutschland veröffentlicht. Das BIBB warnt: Deutschland steuert auf eine erhebliche Fachkräftelücke zu. Die Zahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge lag im Jahr 2022 mit 460.800 weiterhin deutlich (-49.900 bzw. -9,5 Prozent) unter dem



Wert von 2019, dem Jahr vor der Pandemie. Das Schwerpunktthema des diesjährigen Reports lautet »Innovationen in der Berufsbildung durch Programme«.

Im Download auf

www.bibb.de/datenreport-2023

Sturz ist versichert

Gerichtsurteil // Ein Sturz auf dem Weg zu einem Getränkeautomaten im Betriebsgebäude des Arbeitgebers ist als Arbeitsunfall anzuerkennen. Dass der Getränkeautomat in einem Sozial- oder Kantinenraum steht, unterbricht den versicherten Weg nicht.

Der Fall: Eine Verwaltungsangestellte rutschte auf dem Weg zu dem im Sozialraum des Finanzamtes aufgestellten Getränkeautomaten auf nassem Boden aus und erlitt einen Lendenwirbelbruch. Ihr Antrag, dies als Arbeitsunfall anzuerkennen, wurde von der Unfallkasse mit der Begründung abgelehnt, der Versicherungsschutz ende regelmäßig mit dem Durchschreiten der Kantine.

Die dagegen gerichtete Klage hatte Erfolg. Das Gericht urteilte: Der Sturz ist als Arbeitsunfall anzuerkennen. Ein Beschäftigter ist auf dem Weg, sich Nahrungsmittel zum alsbaldigen Verzehr am Arbeitsplatz zu besorgen, grundsätzlich gesetzlich unfallversichert. Der Pausen- oder Freizeitraum gehört auch in den Verantwortungsbereich des Arbeitgebers.

Aber Achtung: Beim Kauf von Lebensmitteln für den häuslichen Bereich sind die dafür zurückgelegten Wege nicht versichert!

Landessozialgericht Hessen, Az.: L 3 U 202/21

Kinder aufs Gymnasium

Chancenmonitor // Kinder aus Elternhäusern mit weniger Geld und ohne Abitur gehen deutlich seltener aufs Gymnasium als Kinder aus bessergestellten Haushalten mit Eltern, die selbst Abitur haben. Das geht aus dem neuen Chancenmonitor des ifo-Instituts hervor. Nur etwa jedes fünfte Kind (21 Prozent) mit zwei Elternteilen ohne Abitur und einem Haushalts-

nettoeinkommen von unter 2.600 Euro pro Monat besucht demnach ein Gymnasium. Demgegenüber sind vier von fünf Kindern (80 Prozent) von Eltern, die beide Abitur haben und zusammen mehr als 5.500 Euro netto verdienen, Gymnasiast*innen.

Weitere Infos: <https://t1p.de/zaeqh>

Genug geprüft

Zitat des Monats // »Die Zeit der Prüfung eines 29-Euro-Tickets für Azubis, Schüler*innen und FSJler*innen ist vorbei. Junge Menschen brauchen bezahlbare Mobilität. Wir brauchen das 29-Euro-Ticket – Jetzt! Insbesondere Auszubildende brauchen mindestens landesweite Tickets, da sie für ihre Wege zwischen Berufsschule und Ausbildungsbetrieb häufig mehrere Landkreise durchqueren. In Zeiten von Fachkräftebedarfen muss die Ausbildung gestärkt und die Lebenshaltungskosten für Azubis müssen gesenkt werden.«



U. Neumann

Ute Neumann, DGB-Bezirksjugendsekretärin in NDS - HB - SAH, definiert Mobilität.

Impressum

Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

V.i.S.d.P.: Kristof Becker

Herausgeber: DGB Bundesvorstand, Abteilung Jugend und Jugendpolitik, Keithstraße 1, 10787 Berlin, Tel.: 030 / 240 60 - 172, Fax: - 226

Redaktion: Jürgen Kiontke, E-Mail: juergen.kiontke@dgb.de

Internet: jugend.dgb.de
Grafik: Heiko von Schrenk

Aboverwaltung: Daniela Linke,
E-Mail: daniela.linke@dgb.de

Alle Anbieter von Beiträgen, Fotos und Illustrationen stimmen der Nutzung im Internet zu.

Gefördert vom:



Juni 2023

So geht das nicht weiter!

Nirgendwo ist die Lage am Ausbildungsmarkt so drastisch wie in Berlin. Jim Frindert sagt, warum.

Jim, der gerade erschienene Berufsbildungsbericht (siehe Seite 1) der Bundesregierung stellt dem deutschen Bildungssystem kein gutes Zeugnis aus. In der Hauptstadt ist die Lage besonders schlimm. Auf welche Schwierigkeiten stoßen junge Menschen bei euch, wenn sie einen Ausbildungsplatz suchen?

In Berlin werden einfach viel zu wenige betriebliche Ausbildungsplätze angeboten. Zuletzt konkurrierten 20.900 Bewerber*innen um 15.020 betriebliche Plätze. Nirgends haben es junge Menschen schwerer, in eine Ausbildung zu starten. Das hat auch damit zu tun, dass gerade mal elf Prozent der Berliner Betriebe ausbilden. Damit liegt die sogenannte Ausbildungsbetriebsquote deutlich unter dem – ohnehin schon schlechten – Bundesdurchschnitt von 19 Prozent.

Im Ländervergleich belegt Berlin den letzten Platz, so wie auch bei nahezu allen anderen relevanten Kennzahlen der Ausbildungsmarktstatistik. Die Situation ist katastrophal: Nur 52,3 Prozent der im Berufsorientierungsjahr 2021/22 institutionell erfassten Ausbildungsinteressierten kamen schließlich in eine Ausbildung. Während Jahr für Jahr tausende junge Menschen auf der Suche nach einer Ausbildung leer ausgehen, rasen wir sehenden Auges in einen eklatanten Fachkräftemangel: Bis 2035 fehlen in Berlin laut Industrie- und Handelskammer rund 414.000 Fachkräfte. Hier muss die Landesregierung eingreifen und mithilfe einer Ausbildungsumlage eine Trendumkehr einleiten.



Jim Frindert ist Bezirksjugendsekretär der DGB-Jugend Berlin-Brandenburg

Foto: Andri Weiland

Zum Ausbildungsjahr 2024/2025 soll in Bremen ein branchenübergreifender Ausbildungsunterstützungsfonds eingeführt werden, der durch eine Umlage von den Bremer Arbeitgebern finanziert wird. Wäre dieses Modell auch etwas für Berlin?

Die Einführung einer landesgesetzlichen Ausbildungsumlage wäre in jedem Bundesland sinnvoll! Es geht uns dabei um ein solidarisches Finanzierungsmodell der dualen Berufsausbildung. Alle Arbeitgeber sind auf gut ausgebildete Fachkräfte angewiesen, doch nur die allerwenigsten tun auch etwas dafür. Seit der Jahrtausendwende ist die Anzahl neu abgeschlossener Auszubildender bundesweit um satte 25 Prozent zurückgegangen. So geht es nicht weiter! In Berlin waren wir unter Rot-Grün-Rot auf einem guten Weg, diesem Missstand ein Ende zu bereiten. Noch im Dezember wurden

Eckpunkte für eine Umlage vorgestellt, nach denen alle Berliner Betriebe 0,47 Prozent ihrer Bruttolohnsumme in einen Umlagepotopf hätten zahlen sollen. Konkret hätte das bedeutet: 300 Millionen Euro für die Stärkung der dualen Berufsausbildung – jährlich!

Berlin hat neu gewählt und nun eine schwarz-rote Landesregierung...

Die Ausbildungsumlage hat es zwar auch in den neuen Koalitionsvertrag geschafft, allerdings soll sie nur kommen, wenn nicht bis zum 30. April 2025 mindestens 2.000 zusätzliche betriebliche Ausbildungsplätze geschaffen werden. Damit wurde eine riesige Hintertür eingebaut, die Gefahr ist groß, dass sie nie kommen wird. Warum? Es ist naheliegend, dass Betriebe nun schlichtweg etwas großzügiger ausschreiben. Dafür reicht eine einfache Meldung an die Bundesagentur für Arbeit. Abgesehen von der Willkürlichkeit der Zahl darf es nur um zusätzliche neu abgeschlossene Auszubildende gehen. Alles andere ist unsinnig. Für eine nachhaltige Stärkung der Berliner Ausbildungssituation ist eine Umlage unabdingbar.

Wie geht ihr als DGB-Jugend Berlin-Brandenburg weiter vor?

Wir werden den Prozess zur Erarbeitung eines Gesetzentwurfes sehr engmaschig begleiten, denn am Ende muss ein mögliches Gesetz auch wirksam sein. Auf eine Verschleppung durch fragwürdige Kriterien oder einen Etikettenschwindel werden wir uns nicht einlassen. Und: Wir sind nicht alleine! Ob Landesjugendring, Fridays for Future, Azubis4Future, der Schüler*innenausschuss Berufliche Schulen, von BUND- bis DIFD-Jugend oder R2G-Parteijugenden: Wir sind viele, wir sind laut und wir lassen uns nicht veräppeln! ▀

Aktivposten



▀ Zum 1. Mai haben sich 287.880 Menschen an 398 Veranstaltungen und Kundgebungen des

DGB beteiligt, die in diesem Jahr unter dem Motto »Ungebrochen solidarisch« standen.

www.dgb.de/-/TSo

▀ 29-Euro-Azubi-Ticket, Stärkung der Berufsausbildung im Betrieb, Wohnraum für junge Menschen ausbauen, starke Jugendberufsagenturen – die **DGB-Jugend NRW** hat einen umfassenden Forderungskatalog aufgestellt. Denn: »NRW muss Vorbild sein!«, wie es von den Gewerkschaftsjugendlichen aus Düssel-



dorf schallt. Den Ministerpräsidenten Hendrik Wüst (CDU) erinnert man daran, dass sich Zukunft nicht von selbst gestaltet.

www.facebook.com/DGBJugendNRW/

▀ Niedersachsens Kultusministerin Julia Wille Hamburg (Bündnis90/Die Grünen) hat die Schirmherrschaft für die Berufsschultour der **DGB-Jugend Niedersachsen** übernommen. Die DGB-Jugend besucht während der Tour Berufsschulen mit Ehrenamtlichen und diskutiert mit Auszubildenden über Demokratie, Mitbestimmung und ihre Rechte.

<https://niedersachsen.dgb.de/-/TeD>

▀ Zum Tag des Deutschen Brotes hat **jungeNGG** ordentlich Teig geknetet: »Wusstest du, dass es mehr als 3.000 unterschiedliche



Brotsorten gibt?« Das ist ja eine ganze Menge! Aber darum geht es eigentlich nur am Rande: »Die Zahl lässt sich leider toppen: Seit 2015 blieben 6.000 Ausbildungsplätze im Bäckerhandwerk unbesetzt«, schreiben die Gastro-Jugendlichen. Mangelnde Ausbildungsqualität, wenig Geld, fehlende Wertschätzung seien die Zutaten fürs saure Brot. Fazit: Keiner lebt vom Brot allein – aber ohne ist auch schlecht. Was nützen dem Brot die ganzen Sorten, wenn keiner da ist, der sie backt! Für den besseren Geschmack fordert jungeNGG u. a. ordentliche Vergütungen, einen Mobilitätszuschuss und Zeit zum Lernen.

www.facebook.com/jungeNGG bundesweit



Richtig Kraft dahinter: Die EGB-Jugend testet das neue Haus des DGB in Berlin an

Foto: Andi Weiland

Power to the Union Youth!

Standpunkte, Podien, Workshops: Die EGB-Jugend traf sich vor dem EGB-Kongress zum Jugend-Event.

Europa kommt zusammen

»Wir haben 200 Gewerkschaften, jede verfügt über 1.750 Mitglieder, rein statistisch gesehen. Mitgliedschaft in einer Gewerkschaft ist Pflicht.« Dass die Gewerkschaftslandschaft in Europa in den Ländern sehr unterschiedlich sein kann, dürfte den meisten Teilnehmer*innen des EGB-Jugend-Events klar gewesen sein. Aber was Ástþór Jón Ragnheiðarson vom isländischen Dachverband ASI berichtet, versetzt sie doch in Staunen. Haben Arbeitnehmer*innen bei solchen Verhältnissen überhaupt noch Probleme? »Ja«, sagt der junge Gewerkschaftssekretär. »Unbezahlte Überstunden, Befristungen, Lohnraub – kennt ihr alles, kannst du auch in Island haben.«

Rund 120 junge Menschen und Gäste aus insgesamt 23 Ländern sind zu der Veranstaltung, der ersten im neuen Haus des DGB am Berliner Wittenbergplatz, in schönen Räumen mit top Technik zusammengelassen, um von sich selbst etwas über unterschiedliche Gewerkschaftskulturen zu lernen.

Erste Erkenntnis: Die Jugend ist so gut wie überall unter Druck! Zu wenig Ausbildung, schwieriger Zugang zur Bildung. Niedriglöhne und Befristungen. Arbeits-Europa geht mit seiner jungen Generation um, als hätte es noch ein paar im Kofferraum! Die Anwesenden sind sich einig: So kann es nicht bleiben. »30 Prozent

Jugendarbeitslosigkeit in Spanien, 2,6 Millionen junge Menschen ohne Berufsabschluss in Deutschland. Wir sind es leid«, konstatiert DGB-Bundesjugendsekretär Kristof Becker.

Die Liste lässt sich beliebig verlängern. Um sich miteinander abzustimmen, besuchen die Teilnehmer*innen nach diversen Warm-up- und Kennenlernrunden verschiedene Workshops. Auf dem Programm: Mitsprache auf Augenhöhe für die Jugend in den eigenen Gewerkschaften, Mobilisierung und Kampagnen, Streikkultur und überhaupt: Wie erreiche ich die vielen jungen Arbeitnehmer*innen, die in immer mehr atypischen Jobverhältnissen unterwegs sind?

Prekäre Beschäftigung

Stichwort: Plattformökonomie. Bereits der Kontakt zum Arbeitgeber beschränkt sich auf ein paar Nachrichten am Tag, wohin die Ware zu liefern ist. Wie soll man Menschen, die so fragmentiert arbeiten, noch für die Mitbestimmung begeistern?

Tea Jarc vom slowenischen ZSSS hat mit ihren Kolleg*innen dafür eine eigene Gewerkschaft gegründet; arbeitslose, studierende und prekär arbeitende junge Menschen, ja sogar Schüler*innen sind dort willkommen. Ihr Name: Mladi Plus (»Jugend Plus«). Jarc's Rezept: »Wir gehen dorthin, wo sie sind, reden mit ihnen, bringen Kaffee und Bier mit.« Und der Service bringt's: Mladi Plus hat ordentlich Zulauf.

Die Teilnehmer*innen der DGB-Jugend können in den Runden ihre Arbeit vorstellen, nicht

überall ist das Konzept der Einheitsgewerkschaft, in der Menschen aller Berufe in einer Branche organisiert sind, bekannt. jungeNGG? »Hat 20.800 junge Mitglieder quer durch die Gastroberufe«, berichtet Florian Viehmann von der DGB-Jugend NRW. Und spricht über die umlagefinanzierte Ausbildungsgarantie.

Politische Anliegen

Besonderes Interesse erfahren aber auch Themen wie der Krieg in der Ukraine, der ganz Europa durchschüttelt. Der ukrainische Dachverband hat zwei Kolleginnen nach Berlin geschickt. Und auch nach Israel geht der Blick, weil dort monatelange Proteste gegen die geplante Justizreform der Regierung bis hin zum Generalstreik von den Gewerkschaften und ihrem Dachverband Histadrut getragen werden.

In einer Panel-Diskussion, die von Melanie Hackl, für die DGB-Jugend im EGB-Jugendkomitee, moderiert wird, kann das Publikum dann mit Ludovic Voet vom EGB, Kai Reinartz von der ver.di Jugend, Tea Jarc und EGB-Jugend-Präsidentin Yolanda Gil diskutieren. Hier steht dann auch das Kernthema der Jugend beim EGB-Kongress im Fokus: die Jugendquote. Ganz klar, die Jugend muss einfach sichtbarer werden, zuallererst in den eigenen Gremien und Versammlungen. »Stronger together« ist diese Panel-Runde überschrieben – nicht der falscheste Titel! »80 Prozent der EGB-Mitgliedsorganisationen unterstützen dieses Vorhaben«, weiß Voet aus dem EGB zu berichten (siehe Seite 5). ▀

Gewerkschafts-Europa wird jünger

Die Delegierten des EGB-Kongresses haben in Berlin eine entscheidende Satzungsänderung beschlossen: die Jugendquote für die Gremien.

Für die Quote

»We are not the future, we are the present«: EGB-Jugendpräsidentin Yolanda Gil – Gewerkschafterin im spanischen Gesundheitssektor – vertritt einen klaren Standpunkt auf dem EGB-Kongress vom 23. bis 26. Mai in Berlin. Die Anliegen junger Beschäftigter dürften nicht auf den Sankt Nimmerleinstag verschoben werden, betont sie in ihrer furiosen Rede.

Dass die Jugend die Zukunft sein soll, habe sie jetzt oft genug gehört. Diese Jugend sei aber jetzt und hier schon da – und stehe bereits in der Gegenwart vor großen Problemen. »Die Arbeitswelt verändert sich in einem noch nie dagewesenen Tempo, und das hat erhebliche Auswirkungen auf junge Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.«

Eine wachsende Zahl von befristeten und unsicheren Arbeitsplätzen, digitale Plattformen und Telearbeit: »Wir können uns nicht auf die alten Methoden der Arbeitsorganisation verlassen. Als Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter dürfen wir nicht tatenlos zusehen, wie unsere Jugend diese Herausforderungen allein bewältigt.«

Ein wichtiges Instrument zur Vertretung ihrer Interessen bei den Gewerkschaften sieht die EGB-Jugend in der Anhebung des Anteils junger Menschen beim EGB – mit einer Jugendquote. Und Gil bekommt viel Applaus – der EGB-Jugend-Event im Vorfeld hat noch mal für richtig Geschlossenheit gesorgt, die jungen Gewerkschafter*innen haben ihr Anliegen in ihre Delegationen getragen.

Solidarität der Jugend

Und nicht nur die Jugend unterstützt die Forderung nach ihrer Quotierung: Die stellvertretende DGB-Vorsitzende Elke Hannack, im DGB-Bundesvorstand für Jugendthemen verantwortlich, macht sich in ihrer Rede für sie stark. Sie habe beim EGB-Jugend-Event im Vorfeld des EGB-Kongresses erlebt, was Solidarität bewirken könne, angesichts von Kriegen, Klimakrise und Inflation. Sie habe gehört, wie über Europa gesprochen wurde. »Unsere Jugendlichen entwickeln Lösungen für die Probleme unserer Zeit« – und es seien solidarische Lösungen. Europa brauche die Stimmen, Gedanken und Forderungen von jungen Kolleg*innen.

Anheben des Jugendanteils

Die Quote kommt aber nicht ohne Vorlauf. Seit Jahren steht sie bereits auf der Agenda des EGB-Jugendausschusses – und nicht nur dort: Bereits beim letzten EGB-Kongress 2019 in Wien war

sie auf der Tagesordnung, abgestimmt wurde sie bereits auf dem Midterm-Congress. Nun wurde sie mit großer Zustimmung der 600 Delegierten in der Satzung des EGB, der dieses Jahr 50 Jahre alt wird, festgeschrieben. Ein tolles Präsent zum Jubiläum!

Die Quote sieht vor, dass jedes vierte Mitglied jeder Delegation auf den nun folgenden Kongressen unter 35 Jahren alt sein muss. Ist das nicht der Fall, soll die Stimmzahl entsprechend der fehlenden Jugenddelegierten gekürzt werden. Das soll die Jugend innerhalb des EGB stärken.

Darüber hinaus wird im Entwurf zum »Action Programme« die Förderung von Jugendquoten, Jugendstrukturen und Mitbestimmung in den Gewerkschaftsverbänden als besondere Zielsetzung des EGB ausgerufen. »Es ist gut, dass wir nun Nachhaltigkeit in dieses Gremium

bekommen«, sagt Melanie Hackl, die die DGB-Jugend beim EGB vertritt.

Europa-Themen

Der DGB stellte mit 24 Delegierten die größte Delegation beim EGB-Kongress, darunter waren viele Gewerkschaftsjugendliche. Die Arbeit in Gegenwart und Zukunft Europas stand in den Diskussionsrunden auf dem Programm. Grußadressen gab es von vielen Politiker*innen, Bundeskanzler Olaf Scholz sprach zu Beginn des Kongresses. EGB-Generalsekretärin Esther Lynch interviewte die UNHCR-Botschafterin und Olympia-Schwimmerin Yusra Mardini zu Fragen von Flucht und Migration, die Kongress Teilnehmer*innen bezogen in einer Aktion Stellung gegen Rassismus. ▀

Weitere Infos: www.etuc.org/en/congress



Die Präsidentin des EGB-Jugendkomitees, Yolanda Gil, spricht sich für die Jugendquote aus



Die stellvertretende DGB-Vorsitzende Elke Hannack ergreift Partei für die Anliegen der Jugend

So geht richtiges Beschweren

Misstände beheben: Die JAV, das neue Hinweisgeberschutzgesetz und seine gesetzlichen Freunde.

Verfahren im Betrieb

In sicherlich jedem Betrieb gibt es Probleme – und sogar Misstände und Benachteiligungen. Arbeitnehmer*innen und Auszubildende sind berechtigt, sich zu beschweren bzw. üble Zustände zu melden. Dafür gibt es einige Möglichkeiten. So kann man sich natürlich an Ausbilder*innen oder Vorgesetzte wenden. Was aber, wenn sie die »Täter« sind?

Hier kommt die Jugend- und Auszubildendenvertretung (JAV) ins Spiel: Die Entgegennahme von Anregungen – damit sind auch Beschwerden gemeint – gehört zu den Pflichten einer jeden JAV (§ 70 Abs. 1 Nr. 3 Betriebsverfassungsgesetz, BetrVG). Hält die JAV die Beschwerde für berechtigt, übermittelt sie dem Betriebsrat eine Stellungnahme mit der Bitte, tätig zu werden.

Natürlich kann man auch gleich den Betriebsrat einschalten. Er ist verpflichtet, Beschwerden zu bearbeiten und mit dem Arbeitgeber darüber zu verhandeln (§ 85 Abs. 1 BetrVG).

Schwerbehinderte Auszubildende haben eine weitere Option: Hier ist die Schwerbehindertenvertretung in der Pflicht, die Beschwerde zu bearbeiten (§ 178 Abs. 1 Nr. 3 Sozialgesetzbuch IX).

Die AGG-Beschwerdestelle

Mit dem Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz (AGG) sind Arbeitgeber verpflichtet, eine Beschwerdemöglichkeit zu schaffen (§ 13 Abs. 1 AGG). Sie wird genutzt, wenn sich Beschäftigte direkt oder indirekt aus den im AGG angeführten Gründen wie z. B. Geschlecht, Behinderung, Religion oder Lebensalter benachteiligt sehen. Ihre Einrichtung und Ausgestaltung unterfällt der Mitbestimmung des Betriebsrats (§ 87 Abs. 1 Nr. 1 BetrVG).

Tipp: Die JAV mit ins Boot holen!

In vielen großen Unternehmen werden Beschwerden in speziellen Betriebs- bzw. in Compliance-Vereinbarungen geregelt. Das AGG enthält ausdrücklich ein Maßregelungsverbot (§ 16): Kein Beschwerdeführer (»Whistleblower«) darf Nachteile erleiden. Aber auch im Fall von Beschwerden, die sich nicht auf das AGG stützen, besteht für Arbeitgeber ein Maß-

regelungsverbot (§ 612a Bürgerliches Gesetzbuch, BGB). Eine deshalb ausgesprochene Kündigung ist nichtig.

Vorsicht Falle: Es besteht aufgrund des Rücksichtnahmegebots (§ 241 Abs. 2 BGB) die Pflicht, erst einmal alle innerbetrieblichen Möglichkeiten auszuschöpfen. Das gilt – außer bei akuter Gefahr für Leib und Leben – auch für Betriebsräte und JAVen. Vorschnelles Handeln kann wegen Vertrauensbruch sogar eine fristlose Kündigung begründen. Letzten Endes wird aber jeder Fall von den Gerichten individuell bewertet.

Tipp: Konsequenzen kann es natürlich nur geben, wenn der Whistleblower dem Arbeitgeber bekannt ist.

Das neue Schutzgesetz

Mit dem neuen Hinweisgeberschutzgesetz (HinSchG) wird eine Richtlinie der EU zum Schutz der Whistleblower in deutsches Recht umgesetzt. Geschützt werden sollen alle Beschäftigten, also auch Auszubildende (§ 3 Abs. 8 HinSchG). Wer sich im Betrieb aus der Deckung wagt und sich gehalten fühlt, den Arbeitgeber wegen illegaler Handlungen anzuzeigen, soll nun besser vor Repressalien geschützt werden.

Meldet ein Auszubildender etwa eklatante Verstöße gegen das Jugendarbeitsschutzgesetz, soll ihm deshalb nicht die Weiterbeschäftigung nach Ausbildungsende versagt werden können. Repressalien – schon ihre Androhung – sind verboten.

Die Situation der Whistleblower wird auch durch eine Beweislastumkehr erleichtert (§ 36 HinSchG). Grundsätzlich wird vermutet: Werden sie benachteiligt, dann ist das eine Repressalie. Der Arbeitgeber muss dann beweisen, dass das nicht der Fall ist, und ist sogar zu Schadenersatz verpflichtet.

Achtung: Nur der Hinweis auf Handlungen, die gegen strafrechtliche Bestimmungen verstoßen oder die Verhängung von Bußgeldern nach sich ziehen können, ist geschützt.

Die Meldestelle

In allen Unternehmen mit mindestens 50 Beschäftigten sowie Unternehmen in einigen speziellen Branchen wie z. B. Versicherungen und Wertpapierinstitute ist mindestens eine interne Meldestelle für Hinweisgeber*innen einzurichten (§ 12 HinSchG). Das gilt für Unternehmen mit mindestens 250 Beschäftigten ab sofort, für Unternehmen mit bis zu 249 Beschäftigten ab 17. Dezember 2023 (§ 42 Abs. 1 HinSchG). Mehrere Arbeitgeber mit in der Regel 50 bis 249 Beschäftigten können auch eine gemeinsame Meldestelle betreiben (§ 14 Abs. 2 HinSchG). Werden die Vorgaben ignoriert, droht dem Arbeitgeber ein Bußgeld (§ 40 HinSchG).



Der JAV-Ratgeber.
Mit Rechtsanwalt
Wolf-Dieter
Rudolph
jugend.dgb.de/jav

Der Arbeitgeber entscheidet, wie die Meldestelle besetzt wird. Er kann diesbezüglich einen oder mehrere Beschäftigte einsetzen oder auch Dritte mit dieser Aufgabe betrauen (§ 14 Abs. 1 HinSchG). Die beauftragten Personen müssen über die notwendige Fachkunde verfügen (§ 14 Abs. 2 HinSchG). Sie arbeiten unabhängig, Interessenkonflikte sind dabei auszuschließen.

Und natürlich muss alles getan werden, damit die Vorgänge auch vertraulich bleiben: Daher sind geeignete Meldekanäle wie etwa Hotlines einzurichten. Die Hinweise müssen mündlich, schriftlich oder auch persönlich gegeben werden können. Auch anonyme Meldungen sollen möglich sein.

Verfahrensweise

Das passiert bei Erhalt eines Hinweises (§ 17 HinSchG):

- Spätestens sieben Tage nach Eingang muss dieser bestätigt werden.
- Die Meldestelle muss prüfen, ob der gemeldete Verstoß unter das Gesetz fällt.
- Die Beschwerdestelle muss mit denen, die Hinweise geben, Kontakt halten, die Meldung auf ihre Stichhaltigkeit prüfen.
- Wenn nötig, müssen weitere Informationen angefordert werden.

Folgemaßnahmen (§ 18 HinSchG) können u. a. sein: interne Untersuchungen und Kontaktaufnahme mit betroffenen Personen oder Abgabe an die zuständige Behörde.

Spätestens drei Monate nach Eingangsbestätigung – bzw. nach drei Monaten und sieben Tagen, wenn es keine gab – hat die Meldestelle Hinweisgeber*innen eine Rückmeldung über geplante oder bereits ergriffene Folgemaßnahmen zu geben (§ 17 Abs. 2 HinSchG).

Tipp: Bei der Einführung des Hinweisgebersystems ist der Betriebsrat nicht nur umfassend zu informieren, die Ausgestaltung berührt auch zahlreiche Mitbestimmungstatbestände wie z. B. § 87 Abs. 1 Nr. 1 BetrVG (»Fragen der Ordnung des Betriebs und des Verhaltens der Arbeitnehmer«) oder Personalfragebogen (§ 94 BetrVG).

Zum Schluss: Beschäftigten steht ein Wahlrecht zu: Anstelle der internen Meldestelle können sie sich auch an eine externe Meldestelle wenden (§ 7 HinSchG). Eine solche befindet sich beim Bundesamt für Justiz. ■

Hinweise sind vertraulich zu behandeln.

Wir streiken aktuell jeden Tag!

Tarifeinandersetzungen, Zutritt zu Berufsschulen, Ausbildungs-politik: jungeNGG hat auf ihrer Bundesjugendkonferenz ihre Leitlinien beschlossen. Robert Thamm erläutert die Kernforderungen.

Robert, ihr hattet eure Bundesjugendkonferenz. Wie habt ihr euch gefühlt, eine solche große Veranstaltung in Präsenz durchführen zu können?

Es war wunderbar, nach Jahren von Online-Konferenzen und -Ausschüssen alle wiederzusehen. Und es war mir insbesondere eine Freude



Robert Thamm ist Braumeister bei BrewDog in Berlin. Bei jungeNGG ist er Vorsitzender des Bundesausschusses: Im DGB-Bundesjugendausschuss und im Arbeitskreis Ausbildung vertritt er die NGG-Kolleg*innen

zu sehen, dass die Pandemie uns als Jugendorganisation nicht geschadet hat. Wir haben es geschafft, in dem kurzen Zeitraum seit dem Ende aller Vorsichtsmaßnahmen unglaublich viele engagierte Menschen in unserer Mitte aufzunehmen. Das alles lässt mich mit Optimismus in die Zukunft blicken.

Die Gastrobranche war in in besonderer Weise von Corona und den dazugehörigen Maßnahmen betroffen. Wie ist es, als Gewerkschafter nun auf die Belegschaften in den Betrieben zuzugehen?

Man findet zum einem diejenigen, die, besonders in der Gastrobranche, viel durchgemacht haben. Dafür, dass sie in diesem Bereich geblieben sind, muss man ihnen eigentlich schon danken. Sie garantieren gerade, dass Ausbildung überhaupt noch stattfinden kann.

Zum anderen trifft man aber auch auf viele, die jetzt vor viel größeren Problemen stehen, als sie sich während der Corona-Pandemie ausmalen konnten. Da finde ich es persönlich sehr gut, dass wir ihnen mit unseren Streiks ein Ventil geben können. Und zeigen: Jetzt ist die Zeit für ihre, für unsere Forderungen!

Wie ist es in deinem eigenen Betrieb?

In den letzten Jahren habe ich vor allem studiert.

Im Studium, aber auch in dem Job in der Brauerei, den ich jetzt habe, erlebe ich eine Veränderung, die Menschen haben eine andere Einstellung. Freizeit und Selbstbestimmung ist viel wichtiger geworden. Flexibilität ist das, was wir mittlerweile von den Arbeitgebern fordern, nicht das, was wir mitbringen sollen. Das bewerte ich positiv.

Viele eurer Beschlüsse auf der Bundesjugendkonferenz drehen sich um die Ausbildung – von der Betreuungsquote bis hin zur Fortbildung der Ausbilder*innen. Welche Notwendigkeiten sieht jungeNGG in diesem Bereich?

Wir alle wissen, dass gute Ausbildung von und für unsere Kolleg*innen gestaltet wird. Ausbilder*innen sind oft auch Kolleg*innen. An ihnen hängt die Qualität der Ausbildung im Betrieb und somit auch die Nachhaltigkeit der Berufsbildung allgemein.

Sind sie nicht in der Lage, Auszubildende fachlich, berufspraktisch und auf einer sozialen Ebene zu erreichen, weil sie keine Zeit haben oder selbst nicht gut genug ausgebildet sind, leidet darunter die Ausbildung

allgemein. Gerade in Zeiten, wo Ausbildung ein Image-Problem zu haben scheint, ist es daher für uns wichtig, die Thematik an der Wurzel anzugehen und für eine progressive Gestaltung der Berufsausbildung zu sorgen. Dabei ist die Ausbildung der Ausbilder*innen und der Schutz durch eine Betreuungsquote eine unser Kernforderungen.

Ihr wollt auch, dass Gewerkschaftsvertreter*innen ein gesetzliches Zutrittsrecht zum Zweck der Mitgliederbetreuung und Mitgliederwerbung in Berufsschulen bekommen. Damit soll garantiert werden, dass alle Auszubildenden den gleichen Informationsstand über die Sozialpartner und ihre Rechte und Pflichten in der Ausbildung haben. Wie brisant ist dieses Anliegen?

Das ist eine Herzensangelegenheit von jungeNGG! Wir haben vor allem in Süddeutschland das Problem, dass uns Berufsschulen – die ja öffentliche Einrichtungen sind – den Zugang verwehren. Dabei sind sie der Raum, den Auszubildende während ihrer Ausbildung als sozial fördernd bewerten. Wir fordern lediglich faire Verhältnisse. Aus der eigenen Erfahrung kann ich sagen, dass Lehrkräfte es immer gut fanden, wenn wir die Rolle der Sozialpartner im Unter-

richt dargestellt und somit dieses komplexe, aber enorm wichtige Thema begreifbar gemacht haben.

Energiepreise und Transformation dürften sich auch bei euch bemerkbar machen. Wie schaut ihr auf die Zukunft von Gastronomie und Lebensmittelproduktion?

Ich sage mal: Es bleibt spannend. Aktuell erreichen wir durch die Tarifkonflikte, dass bei beiden Themen nicht mehr allein die Arbeitgeber in der Öffentlichkeit stehen. Klar ist: Eine Energiepreiskrise kann nicht auf dem Rücken der Beschäftigten abgeladen werden.

Du hast die Tarifeinandersetzungen genannt, die es derzeit in vielen Branchen gibt. Wie ist die Stimmung unter euren jungen Gewerkschafter*innen?

Um unseren stellvertretenden Vorsitzenden Freddy Adjan zu zitieren: »Wir streiken aktuell jeden Tag!« Vor allem meine Branche, die Brauindustrie, ist streikerfahren und immer sehr motiviert, ihre Forderungen auf die Straße zu bringen. Wenn wir in diesen Mix noch die Frustration der jungen Menschen aus den letzten Jahren hineingeben, dann glaube ich, dass einiges passieren wird.

Du wirst auch weiterhin die Interessen von jungeNGG im DGB-Bundesjugendausschuss vertreten. Worauf wird es dir dabei besonders ankommen?

Auf das, wofür ich gewählt wurde: uns eine Stimme zu geben und immer dafür zu sorgen, dass jungeNGG stark im DGB vertreten wird. Und dass wir von der Stärke und Gemeinschaft der DGB-Jugend profitieren. ▀

Das war die NGG-Bundesjugendkonferenz



Die 18. Bundeskonferenz von jungeNGG fand in der IG Metall-Bildungsstätte Sprockhövel statt. 68 Delegierte und rund 40 Gäste waren bei

der Veranstaltung, darunter der NGG-Vorstand und DGB-Bundesjugendsekretär Kristof Becker. Die Delegierten stimmten zu 70 Anträgen ab. Die Themen reichten von Aus- und Weiterbildung über Betriebs- und Tarifpolitik sowie Demokratie und Gesellschaft bis zu Nachhaltigkeit und Organisationspolitik.

In der NGG sind rund 200.000 Menschen der Hotel- und Gastrobranche sowie der Nahrungsmittelindustrie organisiert. ▀

Infos: <https://junge.ngg.net>,

www.instagram.com/jungengg_de

Delegierte des Monats

Ilka Essig, 23, und Lew Töpfer, 24, sind die neuen Jugenddelegierten zur 78. Generalversammlung der Vereinten Nationen (UN). In New York werden sie als Teil der deutschen Delegation die Interessen junger Menschen vertreten. Sie amtieren für ein Jahr und bringen Meinungen und Forderungen von Jugendlichen aus ihrem Land ein. Das Programm der UN-Jugenddelegierten besteht seit 2005. Ausgewählt werden sie von der Deutschen Gesellschaft für die UN und dem Nationalkomitee für Internationale Jugendarbeit. Zu ihm gehört der Deutsche Bundesjugendring, in dem die DGB-Jugend organisiert ist.



Foto: Ilka Essig und Lew Töpfer / Bundesjugendring

Infos zur Arbeit von Ilka und Lew: www.jugenddelegierte.de



Nachhaltigkeit: Wir kaufen ein, wo es am billigsten ist, und verkaufen, wo der größte Profit winkt. In schwierigen Zeiten zeigt sich immer wieder neu, was im Normalbetrieb erfolgreich verdrängt wird. Die gegenwärtigen Krisen lehren: Nicht mehr alles ist so einfach machbar. Soziologe Fritz Reheis macht sich Gedanken über Alternativen.

Fritz Reheis: Erhalten und Erneuern. Nur Kreisläufe sind nachhaltig, Durchläufe nicht; VSA-Verlag, Hamburg 2022, 144 S., 12,80 Euro



Blick zurück nach vorn: Um das eigene Handeln zu erden, kann ein Blick in die Gewerkschaftsgeschichte sehr nützlich sein. Aus der Vergangenheit muss gelernt werden, sagt Richard Rohnert.

Richard Rohnert u. a. (Hg.): Vorwärts und nichts vergessen! Aus der Geschichte lernen, VSA-Verlag, Hamburg 2022, 72 S., 7 Euro



Finanztipp: Der DGB bringt seine Broschüre zum Thema Steuererklärung heraus. Alles prima erläutert und toll digital nutzbar!

Nicht vergessen: Die diesjährige Steuererklärung muss bis 2. Oktober 2023 abgegeben werden.

DGB: Lohnsteuer. Grundbegriffe 2023, Broschüre, 104 S. Download auf www.dgb-bestellservice.de/lohnsteuer-grundbegriffe-2023.html



Biografie: Armut, Trauma, Klasse – Autor D Hunter analysiert seine eigene Herkunft als Kind der englischen Arbeiterklasse und bringt seine Lebenserfahrungen mit einer Theorie der Gesellschaft zusammen.

D Hunter: Auf uns gestellt.

Armutsklasse, Trauma und Solidarität; Edition Nautilus, Hamburg 2023, 256 S., 20 Euro



Seminare Hattingen

Mit Martin Ströhmeier, Leiter der DGB-Jugendbildung

Für eine starke Demokratie. Wie soll ich auf Aussagen reagieren, die jenseits dessen stehen, was ich als politisch legitim empfinde? Wir machen dich fit in demokratischer Haltung und guten Argumenten! Zusätzlich kannst du Teamer*in werden.

16. bis 21. Juli und 15. bis 20. Oktober 2023

Aktiv auf dem Campus – und jede Menge Spaß dabei, Mitstreiter*innen zu finden, Inhalte authentisch rüberzubringen und Aktionen auch gleich umzusetzen: Erweitere deine Skills rund um die Arbeit in gewerkschaftlichen Hochschulgruppen und der Aktionsplanung.

3. bis 5. November 2023

Anmeldungen: www.dgb-jugendbildung.de



SOLIDARITÄT GEHT IMMER!

DGB
jugend

soli aktuell abonnieren!

Die **Soli aktuell** ist das Monatsmagazin der DGB-Jugend. Die Redaktion berichtet über alles, was in der gewerkschaftlichen Jugendarbeit passiert. Du findest darin News und Hintergründe zu Themen, die junge Menschen betreffen. Ob globalisierungskritische Bewegungen, Kampagnen gegen Studiengebühren oder gegen Ausländerfeindlichkeit, Jugendcamps, Workshops oder Digitalisierung – die **Soli aktuell** hält dich auf dem Laufenden in Sachen Jugendpolitik.

Wenn ihr die **Soli aktuell** abonnieren möchtet, einfach im Internet auf jugend.dgb.de/soli-aktuell die Bestellmail ausfüllen und absenden. Abo und Versand sind kostenlos.